

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 184.

Mittwoch, 14. März.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Male erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des heutigen Reiches an.

Inserate 20 Kt. die sechsgeplättete Zeitzeile oder breiter Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 13. März. Der Kaiser hat den Botschaftsminister bei dem General-Konsulat zu Scharghai, Rudolph von Krenck zum Konsul von Bangkok (Siam) ernannt.
 Der König hat dem Kreisphysikus des Kreises Saazia, Dr. Schinner zu Stargard i. Pomm., und dem Kreisphysikus des Kreises Greifswald, Dr. Gerloff zu Greifswald i. Pomm., den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung.

Berlin, 13. März. Am Ministrat: v. Puttkamer, Lucius, Friedberg.
 Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.
 Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Entwurfs betreffend die Erhebung einer Hundesteuer.
 Der Referent der Agrarkommission, welcher die Vorlage überwiesen war, Abg. Wüsten, führt aus, daß die Kommission im wesentlichen die vorjährigen Beschlüsse des Hauses bei der zweiten Lesung des dasmaligen Beratungen gemacht und dementsprechend den Entwurf umgestaltet habe. In der neuen Form sei derselbe mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen worden.

Abg. Frantze erklärt sich gegen das Gesetz und macht verschiedene Bedenken geltend, während Abg. v. Bendix und Abg. Risselmann die Annahme der Kommissionsbeschlüsse empfehlen.
 Abg. Zelle: Die Steuer sollte ursprünglich eine Luxussteuer sein, aber an diesem Prinzip ist so wenig festgehalten worden, daß es nicht möglich war, im vorigen Jahre das Gesetz zu Stande zu bringen. Belohnungs müssent wir den Entwurf auch deshalb befürworten, weil die Arbeitskräfte, also die Arbeitsinstrumente besteuert werden sollen. Auch weil den Gemeinden, die gar keine Lust haben, eine Hundesteuer einzuführen, eine solche droht wird, sind wir daheim.

Meine politischen Freunde werden also gegen das ganze Gesetz stimmen. Abg. v. Ludwig beantragt in § 1 statt „über drei Monate“ werden zur Steuer herangezogen, zu sagen: Hunde, welche der Wechsel der Milzhölle eingetreten ist. (Heiterkeit.) Dieser Antrag wird abgelehnt und die §§ 1 und 2 in folgender Fassung angenommen:

§ 1. Vom 1. April 1884 ab wird auf das Halten von Hunden eine Steuer eingezogen, welche von jedem Besitzer eines über drei Monate alten Hundes zu entrichten ist. § 2. Der Steuerauftrag ist für Hunde, welche zur Bewachung, zum Gewerbebetrieb, als Hirtenhunde oder von den im Staats-, Kommunal- oder Privatberufen angestellten Forstbeamten und Jägern zur Ausübung ihres Berufes notwendig gebraucht werden, 0,50 bis 1 Mark jährlich; b) für alle anderen Hunde 3 bis 15 Mark jährlich. In den Städten oder einzelnen Gemeinden zusammengeführter Stadtkreise kann der Höchstbetrag bis auf 20 Mark jährlich erhöht werden.

§ 3 lautet in der Fassung der Kommission:

Die Hundesteuer wird von der Kreisverwaltung innerhalb der im bezeichneten Grenzen für alle Steuerpflichtigen gleichmäßig festgesetzt. Die Erhebung erfolgt durch die Ortsbehörde.

Die Erträge dieser Steuer fließen, insoweit sie in den einzelnen Gemeinden auftreten, in die betreffenden Gemeindekassen. Die Erträge aus den selbständigen Gutsbezirken fließen in die Kreiskommunalfasse und werden bei dieser als gesonderter Fonds verwaltet, über dessen Verwendung in den Provinzen, in welchen die Kreisverwaltung vom 13. Dezember 1872 gilt, der Kreisausschuß, in den Provinzen die Kreisverwaltung zu Gunsten öffentlicher kommunaler Interessen innerhalb der selbständigen Gutsbezirke beschließt.

Abg. Freih. v. Ecardstein beantragt das Alinea 2 in folgender Fassung anzunehmen:

Die Erträge dieser Steuer fließen, insoweit sie in den einzelnen Gemeinden resp. selbständigen Gutsbezirken auftreten, den betreffenden Rässen nur zu gemeinnützigen kommunalen Zwecken verwendet werden und steht dem Kreisausschuß in denjenigen Provinzen, in welchen die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 gilt, das Recht zu. Hierüber eine Nachweisung zu verlangen.

Die Abg. Diercklet und v. Risselmann sowie der Reg.-Geb. Rath v. d. Brindien erklären sich gegen den Antrag, darauf abgelehnt wird, während der Vorschlag der Kommission weiter Majorität erhält.

§ 5 lautet nach der Fassung der Kommission:

Zur Entrichtung der Hundesteuern sind auch juristische Personen, wie z. B. Konsuln, sowie ferner die Geistlichen, Lehrer und Beamten in vollem Umfang verpflichtet. Forenzen haben in den Bezirken zu neuern, in welchen sie Hunde halten.

Von den servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienstes sind die betreffenden Beträge ebenfalls zu entrichten.

Abg. v. Risselmann beantragt das Alinea 2 der Regierungsvorlage, welches folgendermaßen lautet, wiederherzustellen:

Von den servisberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienstes sind die betreffenden Beträge ebenfalls zu entrichten; dieselben fließen jedoch nicht in die Kreiskommunalf. resp. Gemeindekassen, sondern sind nach Abzug von 3 p. C. Gebühren für die Verwendung für militärische Wohlthätigkeitszwecke an die Militärbehörde abzuführen.

Abg. Seelig erklärt sich gegen den Antrag v. Risselmann, der neuen preußischen Provinzen für die Militärs ein neues Privileg wünscht.

Abg. Dr. Wagner (Osthavelland) tritt für den Antrag ein. Die Hundesteuer sei eine direkte Steuer, und da die Offiziere von den Personalsteuern frei sein sollen, müsse dieser Grundsatz auch Anwendung finden.

Die Abg. v. Brindien treten ebenfalls für den Antrag ein, da er bestehendes Recht konservieren wolle. Es handle sich um eine Kommunalsteuer, von welcher die Militärpersonen nach den in Geltenden rechtlichen Grundsätzen befreit sind. Die Steuer,

sei nicht mit dem Jagdschein zu vergleichen; die Jagdschein gebührt gar keine Steuer.

Abg. Büchtemann tritt mit Entschiedenheit für die Kommissionsbeschluß ein; daß die Regierung die Vorlage mit diesem ablehnen werde, behauptete zwar Herr von Risselmann, doch woher könne er das wissen. Der neue Kriegsminister scheine für die Frage kein großes Interesse zu haben, während der frühere im vorigen Jahre die Fassung der Kommission sehr schneidig befürwortet habe.

Geb. Kriegsrath v. Tschirwitz erklärt, daß der gegenwärtige Kriegsminister genau auf denselben Standpunkt stehe, wie der vorige. Daß die Kommunen zu Gunsten der aktiven Offiziere irgend welche Ausgaben zu machen haben, sei unbegründet.

Abg. Richter: Die Kinder der Offiziere besuchen die von den Kommunen unterhaltenen höheren Lehranstalten, und die Ansprüche des Militärs gehen sogar soweit, daß u. A. der Regimentskommandeur in Crossen an die dortige Kommune das Verlagen gefordert habe, das Realgymnasium in ein Gymnasium umzuwandeln und im Weigerungsfalle mit Verlegung der Garnison gedroht habe. Dem gegenüber wollen die Offiziere nicht einmal die armelose Hundesteuer an die Kommunen bezahlen. (Beispiel links und im Zentrum, Widerspruch rechts.)

Geb. Rath v. Tschirwitz erklärt, er habe nur Kommunalleistungen zur Unterstützung Rothleidender im Auge gehabt.

Der Antrag v. Risselmann wird darauf in namenlicher Abstimmung mit 180 gegen 163 Stimmen abgelehnt. Gegen denselben stimmten die Fortschrittspartei, die Secessionisten, das Gros der Nationalliberalen, die Polen und das Zentrum mit Ausnahme des Prinzen von Areberg, des Grafen v. Ranhaus-Cormons und des Grafen v. Schmeling-Kerschenbrod.

Bei § 11, welcher von der Bestrafung der Kontravenienten handelt, beantragt Abg. Francke den Passus „in dem für Übertretungen bestimmten polizeilichen Strafseitstellungs- oder gerichtlichen Untersuchungsverfahren“ als im Widerspruch mit dem klarlich berathenen Gesetz über die polizeilichen Strafverfolgungen zu streichen.

Abg. v. Ludwigs bezeichnet den letzten Passus dieses Paragraphen, der die Polizeibehörde ermächtigt einen Hund zu töten, wenn die Strafe für die hinterzogene Hundesteuer oder diese selbst nicht beizutreiben ist, als einen „üblichen Griff“ der Kommission, die im Übrigen vergessen habe, zu bestimmen, nem das Eigentumsrecht an dem Kadaver des getöteten Hundes aufzugeben.

Abg. Knebel ist der Meinung, daß das Dispositionsrecht über den Kadaver dem Eigentümer des Hundes nicht streitig gemacht werden durch diese Ermächtigung der Polizei.

§ 11 wird darauf unverändert angenommen, ebenso die folgende vom Abg. v. Schorlemmer-Wehr beantragte Resolution: Die Regierung zu erüben, die zur Aufhebung der in einzelnen Landesteilen noch bestehenden Bestimmungen betr. das Knüppeln der Hunde erforderlichen Maßregeln zu veranlassen.

Der allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1879/80 wird nach den Anträgen der Rechnungskommission ohne Debatte abgelehnt.

Das Haus vertagt sich sodann bis Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Anträge und Petitionen.

Schluß 4½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Posen, 14. März.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Herrenhauses stehen:

Ehemalige Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die nochmalige Verlängerung des in den §§ 9 und 12 des Gesetzes über die Auflösung des Lehnsvorstandes der dem Sächsischen Lehnrechte, der Magdeburger Polizeiordnung und dem Longobardischen Lehnrechte, sowie dem Allgemeinen Preußischen Landrechte unterworfenen Leben in den Provinzen Sachsen und Brandenburg vom 28. März 1877 den Lehnsherrn gestatteten vierjährigen, durch das Gesetz vom 10. März 1880 um zwei Jahre verlängerten Wahlrechts um weitere zwei Jahre. — Bericht der Justiz-Kommission über die Petition des Fürsten Auguste zu Osnabrück-Büdingen, geb. Prinzessin von Hanau, des Freiherrn M. von Günderode als Vormund für die minderjährige Kinder des Fürsten Felix zu Hohenlohe-Öhringen, des Fürsten Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Wilhelm und Philipp von Hanau.

Wie der „Magd. Blg.“ gemeldet wird, hatte der Minister des Innern am Sonnabend mit dem Fürsten Bismarck eine längere Unterredung, in welcher auch die Antwort festgestellt wurde, welche Herr v. Puttkamer auf die Vorstellungen wegen der Sonnags-Polizeiverordnung ertheilen sollte. Von den Abgeordneten aus der Provinz Sachsen hatten nur die ultrakonservativen Herren Simon v. Bastrow, v. Gerlach, v. Hülsen und v. Wedell-Piesdorf (der Regierungs-Präsident in Magdeburg) dem Beschlusse, daß die Deputation beim Minister eine Siftrung der Polizei-Verordnung anstreben möge, widersprochen und vielmehr der Ansicht Ausdruck gegeben, man müsse dem Ober-Präsidenten v. Wolff für seine Verordnung, welche Sonntagsruhe schaffe, Dank sagen. Die übrigen Konservativen, vor Allem der Vorsitzende des Provinziallandtages, Herr v. Kroßig, waren jedoch mit dieser Auffassung ihrer Kollegen wenig einverstanden; namentlich war es der leitgekannte Herr, der den Antrag stellte, man möge die Deputation beauftragen, beim Minister auf sofortige Siftrung vorstellig zu werden. Damit ist denn freilich die Deputation nicht durchgedrungen.

In zwei Tagen, am 15. März, läuft der wiederholte Handelsvertrag mit Spanien ab — und noch wissen die beteiligten Industriezweige nicht, mit welchen spanischen Zollsätzen sie vom 15. d. M. an zu rechnen haben werden. In der früheren handelspolitischen Ära, in welcher der „Schutz der nationalen Arbeit“ sich von selbst verstand, ohne belanglos im Munde geführt zu werden, ist es nicht vorgekommen,

dass wichtige Zweige dieser nationalen Arbeit derartiger Unwissheit ausgesetzt wurden.

Der „Pol. Korresp.“ wird im Gegensatz zu den Nachrichten Wiener Blätter, welche telegraphisch verbreitet wurden, gemeldet, daß den neuesten Dispositionen zufolge die Höfe von Berlin und Wien bei den Moskauer Krönungsfeierlichkeiten in der zweiten Maihälfte dieses Jahres durch Mitglieder der regierenden Häuser vertreten sein werden. Das „N. W. Tagebl.“ heißt ergänzend mit, daß in Wien die ursprüngliche Absicht aufgegeben wurde, als aus Berlin die Nachricht eintraf, daß in den Berliner Hofkreisen der Gedanke aufgetaucht sei, von dem bei der Krönung Alexander's II. eingehaltenen Usus der Entsendung eines Krönungsbotschafters aus der hohen Aristokratie abzugehen und einen Prinzen des regierenden Hauses mit dieser Mission zu betrauen. Wie verlautet, soll entweder der Erzherzog Albrecht oder der Erzherzog Wilhelm nach Moskau gesandt werden. Hier in Berlin nennt man neuerdings den Prinzen Albrecht als vermutlichen Vertreter in Moskau.

Die Donaukonferenz ist nun trotz aller Schwierigkeiten schließlich doch zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Nach dem englischen Unterhause vom Unterstaatssekretär Lord Fitzmaurice gemachten Mitteilung sind die Beschlüsse der Konferenz in einem aus 9 Artikeln bestehenden Vertrage enthalten. Durch Art. 1 wird die Kompetenz der europäischen Donaukommission von Galatz bis Braila aufgehoben. In Art. 2 werden die Vollmachten der Kommission vom 24. f. M. ab auf 21 Jahre verlängert, von da ab soll immer eine weitere stillschweigende Verlängerung derselben auf je 3 Jahre eintreten, wenn nicht eine der kontrahirenden Mächte 1 Jahr vorher eine Abänderung in der Zusammensetzung der Kommission oder in den Vollmachten derselben beantragt. Nach Art. 3 ist die europäische Donaukommission keine effektive Kontrôle über diejenigen Theile des Kiliaarmes der Donau aus, wo beide User denselben Staate gehören. Was den Theil des Kiliaarms betrifft, der zwischen dem russischen und rumänischen Gebiete liegt, so bestimmt Art. 4, daß, um die Einheitlichkeit der Verwaltung bezüglich der unteren Donau zu sichern, die Reglements bezüglich des Sulinaarmes der Donau unter der Aufsicht von russischen und rumänischen Delegirten der europäischen Donaukommission angewendet werden sollen. Art. 5 bestimmt, daß, wenn Russland oder Rumänien Bauten am Kiliaarm unternimmt, die betreffende Behörde die bezüglichen Pläne der europäischen Donaukommission mitzuteilen hat, lediglich, damit der Schiffbarkeitszustand der anderen Donauarme in keiner Weise gehemmt werde. Die Bauten zu Tschatal bleiben unter der Kontrolle der europäischen Kommission. Meiningssverchiedenheiten zwischen Russland, Rumänien und der europäischen Kommission über jedeweile wünschenswerthe Ausdehnung der Bauten zu Tschatal sind den Mächten direkt zu unterbreiten. Nach Artikel 6 ist Russland das unbeschränkte Recht eingeräumt, Gefälle zu erheben, um die Kosten für die Bauten zu bedenken. Nichtsdestoweniger hat Russland behufs Schutzes der gegenseitigen Interessen an der Schifffahrt im Sulina- und Kiliaarm den in der europäischen Donaukommission vertretenen Regierungen die wünschenswerthen Reglements betreffend die Gefälle mitzuteilen, um ein Einvernehmen darüber zu sichern. Die von der europäischen Donaukommission unter Mitwirkung der serbischen und bulgarischen Delegirten am 2. Juni 1882 ausgearbeiteten Reglements für die Schifffahrtspolizei und die Überwachung des Flusses wurden als Art. 7 angenommen und werden zwischen dem Eisernen Thore und Ibraila zur Anwendung kommen. Art. 8 hält alle Verträge, Konventionen, Alte und Abkommen betreffs der Donau und ihrer Mündungen aufrecht, insofern dieselben nicht durch den gegenwärtigen Vertrag aufgehoben oder modifiziert sind. Der Ratifikationsaustausch soll innerhalb 6 Monaten oder womöglich noch früher erfolgen. — Die Ratifikation des Vertrages ist vorläufig darum verschoben worden, um den bis jetzt widerstrebenden kleinen Staaten Gelegenheit zu geben, Theilhaber des Abkommens zu werden. Lord Granville ist von der Konferenz ermächtigt worden, für diesen Zweck, wenn es nötig sein sollte, eine weitere Konferenzsitzung einzuberufen.

Die Kommission zur Reorganisation der egyptischen Rechtspflege hat nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Kairo eine Resolution angenommen, in welcher erklärt wird, daß die einheimischen Gerichtshöfe erkennen sollen über alle Streitfälle auf dem Gebiete des Zivil- und Handelsrechts, zwischen allen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Zustimmung der Parteien vorausgesetzt. Wie verlautet, sind die Mächte keineswegs geneigt, einer wesentlichen Grundbestimmung der für ganz Europa gemeinsam in Egypten getroffenen Gerichts-Arrangements zu entsagen. Die Mächte würden vielmehr darin willigen, daß die gegenwärtigen Befugnisse der gemischten Gerichtshöfe, welche seit 1875 so viele Dienste geleistet haben, auf die Eingeborenen ausgedehnt werden.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 13. März. Mit den parlamentarischen Geschäftsbispositionen, wie sie scheinbar unter Zustimmung der Regierung vom Seniorenkongress des Abgeordnetenhauses festgesetzt worden, sind die Schwierigkeiten freilich nicht aus dem Wege geräumt, aber es ist auch kaum ein anderer Ausweg zu entdecken. Der Reichstag, der bekanntlich am 3. April wieder zusammentritt, kann vor Pfingsten mit seinen Arbeiten nicht wohl fertig werden; ja, wenn wirklich noch an den Stat für 1884/85 herangetreten werden sollte, so würde die Session sich voraussichtlich noch über Pfingsten hinaus erstrecken. Mit der Einbringung dieser letzteren Vorlage würde die Regierung den gegründeten Vorwurf auf sich laden, die ohnehin schwierige Geschäftslage ganz unnötiger Weise noch mit einer neuen großen Arbeit oder jedenfalls mit einer viel Auseinandersetzung und Streit erzeugenden Frage zu erschweren. Auch ohne diese Vorlage hat der Reichstag nach Ostern ein übervolles Maß von Arbeiten zu bewältigen; man denke nur an die Relikten- und Pensionsgesetze, die Holzzölle, die Zuckersteuernovelle, die Gewerbeordnungsrevision, das Krankenkassengesetz, den Nachtragskredit für das Reichstagsgebäude u. s. w., das sind alles ungemein wichtige und wahrscheinlich recht zeitraubende Gegenstände. Es wäre freilich am einfachsten, wenn das Abgeordnetenhaus warten könnte, bis der Reichstag diese Arbeiten erledigt hat, allein damit würde dasselbe eben zu einer Session zu so vorgerückter Sommerzeit gezwungen werden, daß ihm dies Opfer ohne die allerdringendste Notwendigkeit nicht zugemutet werden kann. Dagegen ist zu hoffen, daß die Arbeiten des Abgeordnetenhauses nach Ostern nicht allzu lange Zeit mehr in Anspruch nehmen werden. Einige Gesetze, wie die über die Sekundärbahnen und die Substationsordnung, werden ohne großen Zeitaufwand erledigt werden können; bei der Kanalvorlage wird sich wahrscheinlich sehr bald herausstellen, daß eine Verständigung vorläufig nicht zu erzielen ist, und möglicher Weise wird dies auch bei den Verwaltungsgesetzen zutreffen. Hätte die Regierung auf diese letzteren Vorlagen, aus denen doch schwerlich ein auch von ihrem Standpunkt sehr werthvolles Resultat hervorgehen wird, verzichtet, so wären überhaupt die Schwierigkeiten außerordentlich verringert worden. Ohne ein Konkurrenztagen der beiden Parlamente wird es nun in der zweiten Hälfte des April nicht abgehen. Wie dasselbe mit möglichst wenig Störungen und Belästigungen einzurichten sein wird, muß weiterer Verständigung vorbehalten bleiben. Bei allseitigem guten Willen wird sich erreichen lassen, daß bestimmte Tage oder Tagesstunden jedem der beiden Parlamente vorbehalten bleiben, oder daß wenigstens Verhandlungen von ganz hervorragender Wichtigkeit nicht gleichzeitig in den beiden Häusern stattfinden.

S. Berlin, 13. März. Daß der Chef der Admiralität, Staatsminister v. Stoß, seinen Abschied eingereicht haben soll, wird in Marinekreisen bestätigt, doch verlautet, daß der Kaiser denselben noch nicht genehmigt hat. Amtlich wird dagegen gemeldet, daß der Admiral zum 29. d. M. eine Dienstreise nach Kiel antritt, um dort bez. in Friedrichsort bis zum 1. April die Werften, Schiffe, die Akademie, das Seebataillon und die Marine-Abtheilungen zu inspizieren. — Zum Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements ist nach Abgang des General v. Verdy jetzt offiziell Generalmajor v. Hänisch von der Karlsruher Kavallerie-Brigade ernannt. An seine Stelle ist Generalmajor v. Stranz, bisher Kommandeur der 13. Kavallerie-Brigade in Münster, getreten, welcher seinerseits durch den Oberst v. Studnitz, bis nun Kommandeur des Magdeburgischen Dragoner-Regiments Nr. 6 (Stendal) ersetzt ist. Dieses Regiment, dessen Chef der General-Lieutenant Georg Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt ist, hat den Oberstleutnant v. Bostrow von der Armee zum Kommandeur erhalten. — Der Kaiser hat laut Kabinetsordre vom 5. März seine Genehmigung dazu ertheilt, daß der Johanniter-Orden das aus einer Million Mark bestehende Vermächtnis seines verstorbenen Herrenmeisters, des Prinzen Karl von Preußen, annehmen darf.

— Über eine neue Agitation wegen Erhöhung der Getreidezölle wird der "Bresl. Ztg." berichtet:

Schon vor längerer Zeit beabsichtigte die General-Versammlung des Kongresses deutscher Landwirthe den Entwurf einer Petition an den Reichstag in dieser Angelegenheit — und sollte durch diesen die weitere Einzammlung von Unterschriften im ganzen deutschen Reiche organisiert werden. Dieses Projekt wurde aus verschiedenen Gründen wieder verschoben. Nachdem aber Seitens des sächsischen Kulturrathes in derselben Angelegenheit vorgegangen ist, wird jetzt die Petition an den Reichstag vorbereitet, welche bezweden soll: "Der Reichstag wolle bei der deutschen Reichsregierung vorstellig werden, die Zölle auf Getreide, gegenüber dem russischen und transatlantischen Import, von einer Mark pro Doppelzentner auf drei Mark zu erhöhen und ferner Oelfructe, insbesondere Raps, demselben Zollzate zu unterwerfen."

Vocales und Provinzielles.

Posen, 14. März.

r. [Zum Kapitel der Polonisierung deutscher Namen.] Die von uns neulich erwähnte Oberpräsidial-Befreiung betreffend die Richtigstellung polonisirter Eigennamen ist nunmehr von der königl. Regierung sämtlichen Kreischulinspektoren der Provinz zur Kenntnisnahme und Beachtung übermittelt worden mit dem Auftrage, die denselben zugehenden Bezeichnisse korrumptirter deutscher Namen alsbald dem Kreislandrat zu weiteren Veranlassung zu zustellen, ferner der königl. Regierung eine Abschrift derselben zu liefern, da es dieser von Interesse ist, eine Übersicht über den Umfang der Korruption zu gewinnen. Der Wortlaut der Befreiung ist folgender:

Posen, den 27. Januar 1883.

Auf den gefälligen Bericht vom 11. September vorigen Jahres betreffend die Anordnung des Kreischulinspektors R. in N. über die Schreibweise der Namen der polnischen Schulindustrie, erwiedere ich der königl. Regierung ergebenst, daß es die Billigung der Herrn Minister des Innern und der geistlichen u. c. Angelegenheiten gefunden hat, daß von Wohlversetzen in der Verfügung vom 14. Juli vorigen Jahres die Schreibweise des Kirchenbuches bezw. des Standes-

registers als die maßgebende eingestellt worden ist. Sowohl sei es zu bedauern, daß bei Anwendung dieses Grundfahnes auch in manchen Fällen eine Schreibweise sanktionirt werden würde, welche der Nationalität des Namensträgers und dem Denken und Empfinden der Familie derselben nicht entspricht. Indessen dürfte diese Erwägung doch nicht dazu führen, ein Versfahren zu reprobiren, welches allein geeignet sei, einer auf dem Gebiete der Schreibweise der Namen besonders bedenklichen Willkür vorzubeugen. Hinsichtlich der Vornamen würde sich die Angelegenheit ohnehin nach Verlauf von wenigen Jahren von selbst in der wünschenswerthen Richtung erledigen. Hierbei darf daran erinnert werden, daß auch in den polnischen Landesteilen bei den Personenlandschaften die Vornamen in erster Linie in der deutschen Form einzutragen sind, und daß die auf Grund der Resolution des Reichstages vom 25. Januar 1875 angeordnete Hinzufügung der polnischen Form, wenn die Vornamen in beiden Sprachen verschiedene Formen haben, nur in Klammern zu erfolgen hat.

Im Uebrigen haben die Herren Minister darauf hingewiesen, daß es allerdings wünschenswert sei, den Polonisierungsbemühungen auch insofern entgegenzutreten, als dieselben in der polnischen Schreibweise deutlicher Namen, deren Träger das Bewußtsein deutscher Nationalität noch nicht gänzlich verloren haben, erkennbar werden.

Hierbei würde die Mitwirkung der Lehrer ebensowenig, wie diesejenige der Standesbeamten entbehrt werden können. Ein unmittelbares Einschreiten dieser Beamten zur Zurückführung polonisirter Namen in die deutsche Form würde sich jedoch nicht empfehlen. Vielmehr würden dieselben nur anzuweisen sein, von allen Fällen, in welchen nach ihrer Kenntniß der Persönlichkeit oder nach äußeren Anzeichen im Klange des Namens eine unberechtigte Polonisierung vorliegt, dem Kreislandrat zur weiteren Veranlassung Anzeige zu machen.

Der Ober-Präsident, Wirkliche Geheime Rath.

gez. v. Günther.

— [Bezirks-Eisenbahnrat zu Berlin.] Der für den Bezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin in Berlin errichtete Bezirks-Eisenbahnrat ist, wie bekannt, aus 11 Vertretern von Handelskammern, Vorstehern der Kaufmannschaft u. c., 6 Vertretern von Korporationen und Vereinen, 14 Vertretern von land- und forstwirtschaftlichen Vereinen zusammengesetzt, und besteht demnach aus 31 Mitgliedern und den in Behinderung von Mitgliedern eintretenden Stellvertretern. Für denselben sind auf die Dauer von 3 Jahren gewählt worden:

I. Von Handelskammern, Vorstehern der Kaufmannschaft u. c. und zwar von den Altesten der Kaufmannschaft zu Berlin: Geheimer Kommerzienrat Gustav Karl Alexander Dietrich, Berlin (Stellvertreter Dr. Max Weigert, Berlin); von der Handelskammer zu Breslau: Adolf Grunwald, Kaufmann und Handelsrichter (Syndikus und Stadtverordneter Dr. Gras, Breslau); von der Handelskammer zu Frankfurt a. O.: Kaufmann Fabian Sappé, Frankfurt a. O. (Fabrikbesitzer Paul Steinbock, Frankfurt a. O.); von der Handelskammer zu Posen: Geheimer Kommerzienrat Bernhard Jaffé, Posen (Direktor der Posener Spirituettengesellschaft Albrecht Guttmann, Posen); von dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft zu Stettin: Vorsteher der Kaufmannschaft Karl Boden, Stettin (Secretary der Kaufmannschaft, Kaufmann Piepen, Stettin); von der Handelskammer zu Schweidnitz: Dr. Paul von Kulmiz auf Konradswalde bei Saarau (königlicher Kommerzienrat Hanschke, Waldenburg); von den Handelskammern zu Rottbus und Sorau: Dr. Rothenberg, Rottbus (Kommerzienrat Kade, Sorau); von den Handelskammern zu Stralsund und Swinemünde: Kaufmann L. von Seest (in Firma Heinrich Israël), Stralsund (Konsul Schröder, Swinemünde); von den Handelskammern zu Grünberg, Liegnitz und Sagan: Kommerzienrat Treutter, Neuhof bei Liegnitz (Kaufmann B. Salzmann, Sagan); von den Handelskammern zu Hirschberg, Landeshut und Lauban: Kaufmann und Spediteur Heinrich Milchner, Hirschberg (Kommerzienrat Pyrosch, Lauban); von der Handelskammer zu Leipzig: Hermann Schnoor, Leipzig (Julius Eichorius, Leipzig).

II. Von Korporationen und Vereinen und zwar: von dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (norddeutsche Gruppe) in Berlin: General-Direktor der vereinigten Königs- und Laurahütte Carl Richter, Berlin (Maschinenbauanstalt und Eisengießerei-Direktor C. Hoppe, Berlin); von dem Verein zur Beförderung des Gewerbeleises in Berlin: Fabrikbesitzer W. Wedding, Berlin (Fabrikdirektor Dr. Krämer, Berlin); von dem Verband deutscher Müller in Berlin: techn. Direktor von der Wongaert, Berlin (Kaufmann und Dampfmühlenbesitzer F. W. Schütt, Berlin); von dem Verein für Rübenzucker-Industrie in Berlin: Rittergutsbesitzer Graf v. Hack auf Alt-Krank bei Freienwalde a. O. (Fabrikbesitzer Carl Slein, Breslau); von dem Verein deutscher Spirituussfabrikanten in Berlin: Rittergutsbesitzer v. Tielemann-Kranz bei Bömitz (Rittergutsbesitzer Neuhaus, Selchow bei Malchow).

III. Von land- und forstwirtschaftlichen Vereinen, und zwar: von dem landwirtschaftlichen Verein für die Stadt Brandenburg und Niederlausitz: 1. Landes-Dekonomierath von Hirsch auf Tauchel bei Sommerfeld (Rittergutsbesitzer Schulz auf Petershagen Regierungsbef. Frankfurt a. O.), 2. Rittergutsbesitzer und Kontul a. O. Mooger auf Sternfelde bei Angermünde (Rittergutsbesitzer Jacobs auf Gnevezow bei Neu-Ruppin), 3. Dekonomierath Dr. Freiberg v. Cannstein, Berlin (Dekonomierath Kiepert auf Marienfelde bei Berlin); von dem landwirtschaftlichen Zentralverein für Schlesien in Breslau: 1. Dekonomierath Korn, Breslau (Rittergutsbesitzer Scherzer, Leitznitz bei Paschwitz), 2. königl. Regierungspräsident Graf von Zedlitz-Trützschler, Oppeln (Landwirtschafts-Direktor Freiberg von Gettritz-Neubau, Kolnitz bei Nauer); von der pommerschen ökonomischen Gesellschaft in Regenwalde: 1. Ober-Regierungsrath a. O. Dumrath auf Buslar bei Dölls i. P. (Oberst a. O. von Saldern auf Brallenthin bei Dölls), 2. Rittergutsbesitzer Schönemark auf Hobentfelde bei Schwedt a. O. (Rittergutsbesitzer Zittelmann, Jasenitz bei Stettin); von dem baltischen Zentralverein zur Beförderung der Landwirtschaft in Greifswald: Landwirtschafts-Direktor Graf Schwerin auf Putzar bei Sarnow (Graf Stolberg-Wernigerode auf Schlemmin bei Slemmin); von dem landwirtschaftlichen Provinzialverein für Posen in Posen: Rittergutsbesitzer v. Tempelhoff auf Dombrömke bei Posen (Amtsrath Sasse auf Ottorow bei Sander); von dem märkischen Forstverein in Frankfurt a. O.: Oberforstmeister von Waldow, Frankfurt a. O. (Graf von Wilamowitz-Möllendorff auf Gadow bei Bahnhof Lenz); von dem pommerschen Forstverein in Stettin: Ober-Forstmeister a. O. Guntaw, Stettin (Forstmeister v. Schröter, Stettin); vom deutschen Fischereiverein in Berlin: Oscar Micha, Berlin (E. Heinemann, Berlin); von dem Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den preußischen Staaten in Berlin: Dekonomierath Späth, Berlin (Gärtnermeister C. Lackner, Steglitz bei Berlin); von dem deutschen milchwirtschaftlichen Verein in Schladen: Landes-Dekonomierath Hoppenstedt, Schladen, Provinz Hannover.

Den Mitgliedern bzw. Stellvertretern des zuerst zum 15. März cr. nach Berlin einberufenen Bezirks-Eisenbahnrats steht die freie Fahrt auf der Staats-Eisenbahn nach Berlin und zurück in beliebiger Wagenklasse zu und werden dieselben durch von der Direktion ausgefertigte Freikarten legitimirt.

d. Im Kreise Breslau sind binnen den letzten 10 Jahren 19 größere Güter aus polnischen in deutsche Hände übergegangen: darunter Broniszewice, Strzyzowice und Psienie, Golina und Dora, Suchowice und Kuczkow, Macew und Popowice, Druszkow, Skrzynowice, Czermian, Borkowice und vor einigen Tagen Wieczyn.

Vermissenes.

* Berlin, 13. März. [Die Ermordung eines Geldbrieftäters,] welche gestern geschehen ist, ist heute Mittag von der Kriminalpolizei ermittelt worden. Über diese schreckliche That geht uns folgende Mitteilung zu: Der Geldbrieftäter Kossäth war gestern Vormittag mit Geldbriezen- und Postanweisungen und einer mehrere Tausend Mark betragenden Geldsumme nach seinem Revier in der Adalbertstraße und den anliegenden Straßen gegangen und hatte sich seither bei seinem Postamt nicht sehen lassen. Man begann gestern Nachmittag nach ihm zu recherchieren, da er als ein zuverlässiger Beamter — Kossäth ist bereits nahe an 30 Jahren Brieftäter — bekannt war, so stand die Vermuthung, daß ein Verbrechen gegen ihn verübt worden sei. Die Nachforschungen ergaben, daß er gestern Vormittag einen Theil der Gelder an die Adressaten abgeliefert hatte, und bei den heutigen Wohnungen der Adressaten fortgeleitete Recherchen führten endlich in das Haus Adalbertstraße 23, an der Ecke der Waldemarstraße, woselbst Kossäth gestern Vormittag eingetreten war, ohne wieder herausgekommen zu sein. In diesem Hause hatte Kossäth eine Postanweisung über 30 Mark an einen seit einigen Tagen als Chambragarnisten dastehenden Herrn Sander abgeliefert und in der Stube lag der Geldbrieftäter Kossäth, von geronnenem Blut umgeben, leblos auf dem Sesselboden, seine Geldtasche neben ihm ihres Inhalts beraubt. Der Inhaber der Stube war nicht zu finden — geslüchtet ist. Anscheinend ist die That mit einem schweren Sammelschlag ausgeführt worden. Der Mörder scheint selbst, wie die weiteren Nachforschungen ergeben haben, die Postanweisung über 30 Mark in Potsdam an seine eigene Adresse in Berlin aufgegeben zu haben. — Nachricht. Bei der Aufnahme des Besuches am Silbergebäude ergab sich, daß der Verbrecher, wohl in der Haft, nur das Silbergeld auszumengen versucht, das Gold und die Scheine — 24 Einhunderthalb-Scheine — aber nicht gefunden habe. Der genannte Bernhard fand sich in der Briefstube des Ermordeten, zugleich mit den nachgelieferten Anweisungen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 13. März. Abgeordnetenhaus. Die Interpellation betreffend die Anwendung des elektrischen Lichtes auf Eisenbahnen und Seeschiffen beantwortete der Handelsminister dahin, daß die Einführung derselben, abgesehen vom Kostenpunkt, noch von technischen Beobachtungen, Erfahrungen und Verbesserungen abhängt. — Heute Abend wird der Bericht des Immunitätsausschusses in Sachen Schönerer betreffend die Gestattung der gerichtlichen Verfolgung in vertraulicher Sitzung verhandelt werden.

Pest, 13. März. Abgeordnetenhaus. Bei der Fortsetzung der Mittelschuldebatte sprach sich der Ministerpräsident Lissa über die von den siebenbürgischen Sachsen befolgte Politik aus, indem man dort, wo die Unterstützung suchten, zu der Überzeugung gelangen werde, daß sie falsche Propaganda gewesen seien. Der Unwill der Irregeleiteten werde kein großer Redner betonte die politische Einfach und Weisheit des grossen deutschen Volkes, sowie dessen Achtung für die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Paris, 13. März. [Senat.] St. Vallier rückte eine Anfrage an die Regierung bezüglich des Standes Kolonial-Unternehmungen Frankreichs, namentlich in Tonkin. Angesichts der von dem Auslande in dieser Hinsicht gethanen Schritte müsse Frankreich neue Absätze suchen. Die Besitzergreifung von Tonkin sei notwendig, diejenige von Cochinchina zu vollenden. Der Minister Auswärtigen, Challemel-Lacour, erwiederte, die Prüfung theile die patriotischen Ansichten St. Valliers und die Richtigkeit an, neue Absatzwege zu schaffen; die Rücksicht auf die politischen Unternehmungen müsse man Mißtrauen zeigen, wo die Rechte Frankreichs durch Verträge festgestellt seien; die Regierung derselben auf das Strengste Achtung verschafft, Frankreich sei vor Allem eine kontinentale Macht und müsse Kräfte zusammenhalten, das sei indessen nicht unvereinbar mit dem Schutz seiner Interessen in der Ferne. Die Regierung bezüglich Tonkins bereits feste Beschlüsse gefaßt und werden unter geheimer Abstimmung eines entsprechenden Kredites. Frankreich wolle Tonkin weder aufgeben, noch es erobern, sondern gewisse Punkte besetzen, um zu beweisen, daß Frankreich der Schutz seiner Staatsangehörigen und zum Schutz der Angehörigen der übrigen auswärtigen Staaten dort bleibt. St. Vallier erklärte sich durch diese Mitteilungen zufriedengestellt.

Paris, 12. März. In der Sitzung des Minn. für Kolonial-Unternehmungen Frankreichs, namentlich in Tonkin. Angebots der von dem Auslande in dieser Hinsicht gethanen Schritte müsse Frankreich neue Absätze suchen. Die Besitzergreifung von Tonkin sei notwendig, diejenige von Cochinchina zu vollenden. Der Minister Auswärtigen, Challemel-Lacour, erwiederte, die Prüfung theile die patriotischen Ansichten St. Valliers und die Richtigkeit an, neue Absatzwege zu schaffen; die Rücksicht auf die politischen Unternehmungen müsse man Mißtrauen zeigen, wo die Rechte Frankreichs durch Verträge festgestellt seien; die Regierung derselben auf das Strengste Achtung verschafft, Frankreich sei vor Allem eine kontinentale Macht und müsse Kräfte zusammenhalten, das sei indessen nicht unvereinbar mit dem Schutz seiner Interessen in der Ferne. Die Regierung bezüglich Tonkins bereits feste Beschlüsse gefaßt und werden unter geheimer Abstimmung eines entsprechenden Kredites. Frankreich wolle Tonkin weder aufgeben, noch es erobern, sondern gewisse Punkte besetzen, um zu beweisen, daß Frankreich der Schutz seiner Staatsangehörigen und zum Schutz der Angehörigen der übrigen auswärtigen Staaten dort bleibt. St. Vallier erklärte sich durch diese Mitteilungen zufriedengestellt.

Paris, 13. März. Der Appellationshof bestätigte Urteil vom 19. Januar gegen 14 der hervorragendsten Erschissen, ermäßigte aber bei 17 anderen, die appelliert hatten. Strafe um ein Drittel. Fürst Krapotkin hatte nicht angekommen. Louise Michel ist hier angekommen.

London, 12. März. Unterhaus. Großtheil

dass er in Kurzem eine Motion beantragen werde, in dem Bedauern über die Nichtfreilassung der kubanischen Flüchtlinge seitens der spanischen Regierung Ausdruck zu finden.

durch das von den Mitgliedern der Donaukonferenz unterzeichnete Protokoll, welches die Kraft eines Vertrages habe, werde die Agenten der europäischen Donaukommission das Recht, sich auf dem Kilia-Arm zum Zweck der Informirung frei zu bewegen, ausdrücklich aufrecht erhalten. Die Bevollmächtigten der Mächte seien einstimmig dahin übereingekommen, daß der Artikel 5 des Vertrages so zu deuten sei, daß die Bestimmungen, betreffend die Flussabgaben, nicht eher in Kraft treten, als bis dieselben von den Mächten angenommen sein würden. Der Unterstaatssekretär bemerkte, der betreffende Schriftwechsel werde zeigen, daß das vereinbarte Arrangement den Interessen des englischen Handels günstig sei und im Einklange mit den Erfordernissen des Falles und mit den europäischen Staatsrechten stehe. Auf eine Anfrage Bartlet's erwiederte der Unterstaatssekretär Lord Fitzmaurice, der Regierung sei keine Nachricht über die Ankunft eines französischen Geschwaders an der Küste von Madagaskar zugegangen, die bezügliche Meldung der Zeitungen sei wahrscheinlich korrekt. Das englische Kriegsschiff "Dryad" befindet sich gegenwärtig bei Tamatave. Bei der Beantwortung mehrerer anderer Fragen deutete der Staatssekretär den Auswärtigen, Lord Granville, an, daß Lord Spencer auf seinem Posten als Vizekönig von Irland verbleiben aber das Präsidentium des Unterrichtsrathes niederlegen werde. Ferner wünschte Lord Granville die Hoffnung aus, daß die Osterferien des Parlaments vom 20. bis zum 29. März c. dauern werden. Seinem Kriegsminister wurde das Budget des Kriegsdepartement vorgelegt. — Der Premier Gladstone erklärte, der Lord-Kabinett des Geh. Raths, Spencer, werde keineswegs aus dem Kabinett treten.

Rom, 13. März. Die Meldung des "Temps" aus La Salle über die durch den italienischen Vizekonsul erfolgte Freilassung eines von einer Schildwache verhafteten italienischen Staatsangehörigen wird von der "Agenzia Stefani" dahin richtig gestellt, daß der von einer französischen Patrouille verhaftete Italiener Canino auf das einfache Erfuchen des zufällig herbeigekommenen italienischen Vizekonsuls wieder freigelassen worden ist. Die französische Militärbehörde verlangt jetzt die Auslieferung Canino's, der sich im italienischen Vizekonsulat befindet, weil derselbe die französische Schildwache insultirt haben sollte; Canino beteuere seine Unschuld und fänden über die Rechtsfrage zwischen dem italienischen Konsul und dem französischen Residenzgerichten statt.

Petersburg, 13. März. Gestern fand in der Kapelle des Ministeriums des Auswärtigen ein Trauergottesdienst für den Fürsten Gortschakow statt, welchem außer dem Minister des Auswärtigen, v. Giers, und dessen Adjunkt Blangait alle Beamten des Ministeriums, sowie die Botschafter Deutschlands und Englands, der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger bewohnten. Das Journal de St. Petersbourg widmet dem Fürsten Gortschakow heute einen ausführlichen Necrolog, in welchem die gesammte Tätigkeit des Fürsten resumirt und u. A. der Ausspruch desselben angeführt wird, daß der Krieg gegen die Türkei gegen seinen (Gortschakow's) Rath unternommen worden sei.

Konstantinopel, 12. März. Die Handelsverträge zwischen Türkei und Belgien, Spanien, Amerika, Schweden, Holland und Dänemark, welche am 12. März 1884 abgelaufen sind und gekündigt worden. Die Handelsverträge mit England und Italien sind bereits gekündigt, der Handelsvertrag mit Russland ist heute abgelaufen. Die Pforte will den von russischer Seite gemachten Vorschlag, den gegenwärtigen Tarif beizubehalten, nicht vornehmen und einen Zoll von 8 p.C. auf russische Waaren vorwegnehmen. Verhandlungen über Abänderungen des Tarifs vorwiegend auch mit den übrigen Staaten und England. Die wesentlichen Änderungen des Tarifs dürften bestehen in der Erhöhung des Einfuhrzolles von 8 auf 20 p.C., ferner in einem Spezialtarif für Schmuckgegenstände und in der Aufhebung der Zölle beim Transport von Waaren aus einem Hafen in den anderen. Alle Mächte zeigen sich dem Vernehmen nach zu einer leichteren Weise zu Stande kommen. Mit Frankreich, Deutschland und Österreich, mit welchen die Verträge erst später ablaufen werden, dürften Spezialverhandlungen geführt werden.

Bukarest, 13. März. Sämtliche Journale erwähnen die bevorstehende Abreise des Königs und der Königin ins Ausland. Nach einigen Zeitungen soll der König, begleitet von seinen Ministern des Neuen und des Innern wegen der Donaufrage nach Wien und Berlin gehen; andererseits wird behauptet, die Reise erfolge aus Gesundheitsgründen und lediglich zu dem Zwecke, ein mildes Klima aufzusuchen. — Der rumänische Geistliche Ioan Ghila wird in den nächsten Tagen aus London eintreffen.

Bukarest, 13. März. Auf Antrag Campineanus beschloß die Deputirtenfammer, morgen die dritte Lesung des Antrages

Newyork, 12. März. Schatzsekretär Folger ist an der Malaria erkrankt, von den Ärzten ist demselben eine Seereise empfohlen. Präsident Arthur ist gleichfalls erkrankt und befindet sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit demnächst nach Fort Monroe.

Wien, 14. März. Die Abgeordneten beschlossen in vertraulicher Sitzung nach zweistündiger Berathung mit 156 gegen 107 Stimmen die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung Herrn v. Schönnerer zu ertheilen.

Paris, 14. März. Die Regierung beschloß gegen die Aufrührer zu Ruhestörungen und Eigentumsvergehen das strengste Strafgericht. — Im Lyceum Louis-le-Grand kam es heute zu einer Revolte. Die Böblinge verlangten die Wiederaufnahme eines ausgewiesenen Schülers, drangen in das Zimmer des Direktors und zertrümmerten das Mobiliar. — Neueren Nachrichten zufolge gehen die Kammern erst am 20. März auseinander, da am 18. März möglicherweise Kundgebungen stattfinden, welche ein Votum der Kammern erfordern. Dem "Paris" zufolge wären am Sonntag auf dem Stadthaus-Platz Explosionskörper gefunden worden, seitdem noch mehrere andere.

Rom, 14. März. In der Kammer verwies bei der Be-

rathung des Budgets für das Neujahr Mancini bezüglich der Beziehungen zu Deutschland und Österreich auf die Erklärungen Kalnoly's in der österreichisch-ungarischen Delegation zu Pest. Das damals erwähnte Bündnis habe einen durchaus legitimen friedlichen Zweck; die Regierung werde denselben treu bleiben. Der Hauptpunkt des zwischen Deutschland, Österreich und Italien vereinbarten Programms bestehne darin, sich nicht nur jeder Feindseligkeit zu enthalten, sondern auch jeder Handlung, die geeignet wäre, Misstrauen zu erzeugen. Die Frage von allgemein europäischem Interesse habe eine Übereinstimmung in der diplomatischen Aktion Italiens mit den beiden Reichen gezeigt. Hoffentlich werde es möglich sein, auch eine Besserung der Beziehungen Italiens zu Frankreich herbeizuführen und zwar unter Aufrechterhaltung der Sympathie Englands, des beständigen und loyalen Freundes Italiens.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontaine in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
13. Nachm. 2	745,5	NW lebhaft	bed. Schnee ¹⁾	-3,0
13. Abends 10	748,6	NW lebhaft	heiter	-7,5
14. Morgs. 6	749,0	W mäßig	heiter	-9,4

¹⁾ Schnee, Niederschlagshöhe: 1,3 mm.
Am 13. Wärme-Maximum: -0°6 Cels.
- Wärme-Minimum: -8°0

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. März Morgens 2,00 Meter:
: : 13. : Mittags 1,96 :
: : 14. : Morgens 1,82 :

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.
Frankfurt a. M., 13. März. (Schluß-Course.) Ruhiger, aber fest. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 81,016. Wiener do. 170,55. R. & K. S. I. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 100. R. & K. Br. Ant. 126. Reichsanl. 102. Reichsbank 149. Darmst. 154. Meining. Br. 95. Ost.-ung. Br. 707,75. Kreditattien 270. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 82. Ung. Goldrente 75. 1860er Loope 121. 1864er Loope —. Ung. Staatsi. 225,50. do. Ost.-Ob. II. 94. Böhm. Westbahn 255. Elisabethb. —. Nordwestbahn 176. Galizier 292. Franzosen 289. Lombarden 122. Italiener 89. 1877er Russen 89. 1880er Russen 71. II. Orientanl. 67. Bentz. Pacific 112. Distinto-Kommandit. — III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 101, 5% österreichische Papierrente 78. Buchthebrader. — Caput 74. Gotthardbahn 102. Türken 124. Nach Schluß der Börse: Kreditattien 273. Franzosen 290. Galizier 260. Lombarden 122. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter 74. Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 13. März. Effekten-Sozietät. Kreditattien 273. Franzosen 289. Lombarden 122. Galizier 260, österreich. Papierrente —. Egypter 74. III. Orientanl. —. 1880er Russen 131,00. 1864er Loope 167,50. Kreditloose 170,50. Ungar. Prämiens. 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar. Ban. —. Türk. Loope —. Unionbank 117,75. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 112,75. Ungar. Kredit 311,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,85. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,35. Napoleon 9,50. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marinen 58,60. Russische Banknoten 1,18. Lemberg. Czernowitz —. Kronpr. Rudolf 165,00. Franz-Josef —. Dan. Bodenbach —. Böhm. Westbahn 227,25. Tramwan 226,80. Buschthebrader —. Österr. 5proz. Papier 86,75.

Petersburg, 13. März. Wechsel auf London 24,5. II. Orientanleihe 92. III. Orientanleihe —. Florenz, 13. März. Sp. Italien. Rente 89,75. Gold 20,10. London, 13. März. Consols 102. Italien. 6prozentige Rente 88. Lombarden 124. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 3proz. Russen de 1871 85. 3proz. Russen de 1872 87. 3proz. Russen de 1873 86. 5proz. Russen de 1865 11. 3proz. fundierte Ameril. 106. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Prämien 116,50. Kreditattien 309,30. Franzosen 338,30. Lombarden 143,25. Galizier 304,00. Kasch. Oderb. 145,00. Pardubitzer 149,75. Nordwestbahn 206,50. Elisabethbahn 217,00. Nordbahn 2775,00. Österreich. ungar

